No. 334. — 56. Jahrgang.

Sonnabend, 18. Juli 1908

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Gneisenaustr. 20, Petersburgerstr. 2, Gr. Frankfurterstr. 83 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Auguststraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Wedingplatz), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 33, Bayreuthstr. 32, Leipzigerstr. 104, Blücherstr. 69 (Gr. Johannistisch), Rixdorf, Prinz-Handjerystraße 33/34 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kaiserstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 159, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, Königschaussee 61b.

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W. Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Auf dem Wege zum Polizeistaat.

Aus „Däterchen Schuckmanns" Reich.

In Deutschland schreibt man sich die Finger wund über das Thema, daß es mit dem Kolonialbureaukratismus ein Ende haben müsse, und Herr Dernburg macht kostspielige und langwierige Studienreisen zu demselben Zwecke. Aber was nützt das alles? Der preußische Tschin ist nicht tot zu kriegen und sagt mit Seelenruhe: „Vor lach' ick Duer." In dem mit viel Blut und Geld „neueroberten" Südwestafrika treiben Bureaukratismus und Kastengeist genau dieselben herrlichen Blüten wie bei uns in gesegneten Posen. Die „Kolonialpolitische Korrespondenz" erhält eine Kritik über die Verhältnisse in „Südwest", die auf eine recht unzufriedene Stimmung in den dortigen Farmerkreisen schließen läßt. Der Briefschreiber ist nach Angabe der Korrespondenz durchaus sachverständig und vertrauenswürdig. Die wichtigsten Stellen des Briefes lauten:

Das Resultat der letzten Gouvernementsratssitzungen haben den Kolonisten in Deutsch-Südwest eine bittere Enttäuschung gebracht. Die Hoffnung, durch Bewilligung von Steuern ein Mitbestimmungsrecht in der Verwaltung zu erhalten, ist zuschanden geworden. Der Gouverneur mit den beamteten Mitgliedern der jetzt Landesrat genannten Institution hat auf alle Fälle die Majorität, da die Zahl der beamteten und der von der Bevölkerung gewählten Räte die gleiche ist, und der Gouverneur den Ausschlag gibt.

Deutsch-Südwest hat alle Ursache das Scheiden Lindequists zu beklagen, und es tut es auch. Auch früher wurden Fehler begangen, trotz des besten Willens, das Gute zu schaffen; erwies es sich aber als Fehler, dann wurde nicht verbissen daran festgehalten wie jetzt. Man verschloß sich nicht der besseren Einsicht und nahm ein freimütiges Wort, einen ehrlichen Rat nicht übel. Viel weniger wurde eine Meinungsäußerung einem nachgetragen. Dies wurde verhindert durch den Adel der Gesinnung, die von den liberalen und zum Teil idealen Anschauungen der leitenden Personen in der Heimat beeinflußt wurde. Heute, ach du lieber Gott! **Aus dem Militärstaat wurde ein Polizeistaat.** Eine abweichende Meinung zu haben ist verpönt; wer sie aber äußert oder gar das Unglück hat, irgendeiner Behörde ein Unrecht oder einen Fehler nachzuweisen, ist rettungslos geliefert. Das **Schwarzlistensystem** ist im Schwung. Wer einmal im Verruf ist, mag machen, was er will, er kommt nicht mehr auf. Ist er wohlhabend, dann bleibt ihm die Auswanderung. **Wer nicht pariert, fliegt!** Das ist die Parole. Es ist sogar schon zu Ausweisungen deutscher Staatsangehöriger gekommen. In diesen Fällen mögen Vergehen gegen die Gesetze Veranlassung gewesen sein. Aber ein Verbrecher wird bestraft, er kann jedoch nie aus seinem Geburtslande oder der dazu gehörigen Kolonie, in welcher er vielleicht auch gedient hat, ausgewiesen werden. In Südwest aber ist das anders!

Das Land ist mit Neuankömmlingen überschwemmt; von ihnen sassen einzelne durch Protektion usw. schnell festen Fuß — alte Pioniere aber erhalten bei allen Bemühungen keine Farm. Die einen, weil sie mal irgend jemand auf die Hühneraugen getreten haben, die anderen angeblich, weil sie mit Bastardfrauen verheiratet sind. Diese Ehen wurden früher standesamtlich sanktioniert. Die Frauen wurden durch den gesetzlichen Akt zu deutschen Reichsangehörigen gemacht, heute aber wird der Mann rechtlos, ebenso seine Kinder. Will er was erreichen, muß er sich scheiden lassen — Weib und Kind verlassen und dann eine Weiße heiraten, sonst traut man ihm nicht. Naturgemäß bringen derartige Vorfälle den Eingeborenen keinen übertriebenen Begriff von unserem moralischen Wert bei. Der Herero sagt: „Seht da eure gerühmten Deutschen — wir haben wohl mehrere Frauen genommen, aber die ersteheiratete blieb immer die Vorsteherin der Werft — sie wurde nicht verstoßen oder mißhandelt — ihr seid von dem Weißen in der Kirche und vor dem Richter getraut worden. Heute liegt ihr auf der Straße!"

Bei alledem noch schlechte Aussichten für die Zukunft. Schwere Zölle und Steuern, sinkende Fleischverkaufspreise, Mangel an Wasser, da das letzte Regenjahr sehr ungünstig war. Mehrere Minen sind aufgegeben, da das Kupfervorkommen immer geringer wurde. Fürwahr es gehört die ganze zähe Ausdauer und die fatalistische Gemütsruhe des durch dick und dünn vorwärtsschreitenden Kulturpioniers dazu, um nicht zu verzagen. Das Reich kann stolz sein auf seine Kolonisten. Der beste Mann ist gerade gut genug für die Kolonien. An ihnen fehlt es in deutschen Kolonien nicht. Deutschland scheint aber arm an wahrhaft groß denkenden Männern zu sein, die auch das Geschick haben, eine Kolonie segenbringend zu verwalten. Es gehört allerdings mehr dazu als zur Verwaltung eines Rittergutes oder Dominiums. England ist darin glücklicher. Er wählt zu Gouverneuren für seine Kolonien die reichsten Männer im Königreich, denen die Dotation gleichgültig, denen Amt und Würden nicht mehr bieten können, als sie haben, kurz, die infolge ihres fürstlichen Vermögens völlig unabhängig sind. Lange Reisen und Aufenthalt in allen Erdteilen haben derartige Männer von dem engen Gesichtskreis der Heimat befreit. Sie lieben selber ein offenes stolzes Wort und sind deshalb über kleinliche Bosheit und nachtragende Gehässigkeit erhaben. Gott schenke uns solche Männer auch in Südwest!

Wir fürchten, daß dieser Wunsch nicht in Erfüllung geht. Denn solche Männer sind nach dem preußischen System von Uebel. Ein richtiger deutscher Kolonialbeamter muß erstens adelig sein, zweitens Offizier oder Korpsstudent gewesen sein, drittens konservative Gesinnung betätigt haben. Alles andere ist gleichgültig. Herr Dernburg wird demnächst in der Kolonie eintreffen. Ob die enttäuschten Farmer Gelegenheit finden werden, ihm ihre Klagen vorzutragen?

Die Lichtsteuer.

Ueber die geplante Elektrizitätssteuer will die „Augsb. Abenzt." etwas Näheres erfahren haben. In einer Berliner Meldung des Blattes wird erklärt, es handle sich nur um eine Abgabe auf Elektrizität, soweit diese Leuchtzwecken dient. Es sei bisher nirgends davon die Rede gewesen, daß auch diese Kraft für gewerbliche Zwecke besteuert werden solle. Am wenigsten aber denke man daran, die Elektrizität, die Verkehrszwecken diene, also zur Fortbewegung von Eisenbahnen, Straßenbahnen, Kraftwagen usw., mit einer Steuer zu belegen. Auch der Verdacht, daß die Elektrizitätsabgabe eine Begünstigung des Kohlensyndikates und dessen Bestrebungen darstelle, erscheine hinfällig. Ein solcher Verdacht habe allenfalls aufkommen können, solange nur das elektrische Licht besteuert werden sollte. Tatsächlich solle dies auch ursprünglich allein im Plan des Reichsschatzsekretärs gelegen haben. Aber es habe nur des einfachen Hinweises darauf bedurft, um den Staatssekretär Sydow zu veranlassen, auch sofort eine Abgabe auf Leuchtgas seinen Steuerplänen einzufügen. — Also eine „Lichtsteuer" in aller Form.

Ein Beileidstelegramm des Kaisers.

Wie die „Ermländische Zeitung" aus Frauenburg meldet, ist dem Domprobst Dr. Dittrich, dem bekannten Zentrumsabgeordneten, das folgende Telegramm des Kaisers aus Bergen, 17. Juli zugegangen:

Dem Domkapitel und dem Bistum von Ermland spreche ich mein aufrichtiges, herzliches Beileid aus zu dem schweren Verlust, den sie durch den Tod des hochwürdigen Bischofs Dr. Thiel erlitten haben. Der nun Entschlafene war ein treuer Diener Gottes und ein erhabener Freund meines Hauses. Es war ihm schon vergönnt, dem großen Kaiser näherzustehen, und jetzt war er Ihrer Majestät der Kaiserin und mir in Gadinen ein hochgeschätzter lieber Nachbar. Ich werde dem vortrefflichen Manne ein treues Andenken bewahren.

Der Kaiser

wird nach seiner Rückkehr von der Nordlandreise wie alljährlich dem Schießen des in Swinemünde garnisonierenden Fußartilleriebataillons beiwohnen, dem schwedischen Königspaar in Stockholm einen Gegenbesuch machen, nach Rückkehr nach Deutschland die Kavallerieübungen der Gardekavalleriedivision unter Generalmajor Graf Dohna in Alten-Grabow und der Kavalleriedivision C. unter Generalmajor von Stangen in der Senne besichtigen und sich sodann nach Wilhelmshöhe begeben, wo am 18. August der Geburtstag des Kaisers von Oesterreich gefeiert und die Weihe und Nagelung neuer Fahnen vorgenommen werden wird. Von Kassel geht der Kaiser zur Abhaltung der Kaiserparaden nach Straßburg i. E. und Metz, nimmt für einige Zeit Wohnung in Urville und wohnt schließlich den lothringischen Kaisermanövern bei.

Die Justizreform.

Die Gesetzentwürfe, die die Strafprozeßreform betreffen, sind nunmehr vom Reichskanzler dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorgelegt worden.

Zu spät!

Aus Düsseldorf, 17. Juli, wird uns geschrieben: Vom Schwurgerichte in Elberfeld wurde im Jahre 1905 eine Ehefrau aus Ohligs wegen Verbrechens aus § 218 des Strafgesetzbuches zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt. Sofort nach der Verurteilung wurde für die Frau aus besonderen Gründen ein Gnadengesuch eingereicht. Die Verurteilte verbüßte ihre Strafe und starb nach einiger Zeit. Nunmehr, nach mehr als 2½ Jahren, ist das Gnadengesuch durch kaiserlichen Erlaß vom 23. Mai 1908 genehmigt worden. Es wäre doch wohl nötig, zu erfahren, wodurch das Schriftstück diese verhängnisvolle Verzögerung erfahren hat.

Kein Rücktritt Ballins.

Trotz wiederholter Dementis wollen die Gerüchte über den Rücktritt des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie Ballin nicht verstummen. Heute verbreitet der offizielle Draht wiederum das folgende Telegramm aus Hamburg:

Nach Erkundigungen bei der Hamburg-Amerika-Linie ist an dem auswärts verbreiteten Gerücht von einem demnächst bevorstehenden Rücktritt des Generaldirektors Ballin nichts Wahres. Ein augenblicklicher Urlaub des Generaldirektors dürfte den einzigen Anlaß zu dem Gerücht gegeben haben.

Die Demokratie in Oberschlesien.

Morgen findet in Zabrze eine vom Bergmann Simbol-Zaborze einberufene Vertrauensmännerkonferenz statt, in der Herr Martin Färber-Berlin über die Notwendigkeit eines Arbeitervahlvereins für Oberschlesien auf demokratischer Grundlage sprechen wird. Der Verein, an dem möglichst alle Berufsgruppen mitarbeiten sollen — wird sich der Demokratischen Vereinigung anschließen.

Das deutsch-französische Kongo-Abkommen.

Nach einem Telegramm aus Paris wird das Gesetz, durch das das deutsch-französische Abkommen vom 18. April über die Festlegung der Grenze zwischen Kamerun und dem Kongo gebilligt wird, im Amtsblatt der französischen Regierung veröffentlicht.

Peter in der Klemme.

Trotz der größten Bemühungen ist es dem Könige von Serbien noch nicht gelungen, die schon geraume Zeit währende Kabinettskrisis zu beseitigen. Er hatte zuletzt den Altradikalen Milanowitsch mit der Bildung des Kabinetts beauftragt. Wie aber jetzt dem „Wiener K. K. Telegr.-Korresp.-Bureau" aus Belgrad berichtet wird, verwarf der Klub der altradikalen Abgeordneten mit drei Stimmen Majorität die Kombination Milanowitsch, womit dessen Mission als gescheitert anzusehen ist.

Der jungtürkische Aufstand.

Nach einem Telegramm aus Paris will der „Siècle" erfahren haben, daß der Oberkommandant der mazedonischen Gendarmerie, General Robillant an die die einzelnen Gendarmerieabteilungen beschligenden Fremdenoffiziere ein vertrauliches Schreiben gerichtet habe, in dem es unter anderem heißt:

Gegenwärtig sind wir nicht in der Lage, die Stärke der jungtürkischen Bewegung zu ermessen, aber alles läßt darauf schließen, daß wir wohlorganisierten Kräften gegenüber sind, und es ist möglich, daß wir am Vorabend einer großen Bewegung stehen.

Aus Saloniki wird der „Frankfurter Zeitung" gemeldet, daß die Jungtürken beschlossen, mit den christlichen Dörfern eine Vereinbarung zum Zwecke der Niederdrückung des Bandenwesens herbeizuführen. Die widerspenstigen Ortschaften sollen streng bestraft werden.

Die vom Pildiz nach Saloniki entsendeten Geheimagenten wurden größtenteils zurückberufen, um die Offiziere der Garnison nicht weiter aufzureizen.

Der Sieg der Revolutionäre.

Das Bombardement von Täbris

hat nicht die von dem Schah von Persien und von dessen Ratgebern erhoffte Wirkung gehabt. Die wilden Reiterscharen Rakhim Khans mußten vor der über ihre Greueltaten erbitterten Volksmenge die Flucht ergreifen.

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet aus Täbris: Nach Anhören von Reden, die die Geistlichkeit in der im christlichen Stadtviertel gelegenen Moschee hielt, machte sich eine vieltausendköpfige Volksmenge nach dem Stadteil Bagischuman auf, um die Entfernung Rakhim Khans aus der Stadt zu fordern. Die Menge drohte, einen heiligen Krieg zu beginnen für den Fall, daß ihrer Forderung nicht entsprochen werde. Als die wütende Volksmenge sich Bagischuman näherte, ergriffen die Reiter Rakhim Khans in der Richtung aufs Gebirge die Flucht, ohne Widerstand zu leisten. Ueber das Schicksal Rakhim Khans ist noch nichts bekannt. Als die Menge von Bagischuman zurückkehrte, zerstörte sie das Haus des Chefs der Steuerverwaltung. Die Gewalt ist abermals in die Hände der Revolutionäre und ihrer Anhänger übergegangen.

Zu ernsten Streikunruhen

kam es gestern in Bombay. Ein Telegramm berichtet darüber folgendes:

Vierzehntausend Fabrikarbeiter, die ausschließlich in Betrieben beschäftigt sind, die Indiern gehören, traten gestern in den Ausstand und sammelten sich um andere Fabriken, wo die Arbeit weiterbetrieben wurde. Von zwei Fabriken warfen sie die Fenster ein. Als später am Abend die Polizei zwei sich in einer Trinkstube in gefährlicher Lage befindende Europäer, zwei Hütteningenieure, befreien wollte, griff das Volk die Polizei mit Steinwürfen an, so daß die Polizei Feuer gab. Durch ein Kavallerieregiment wurde die Menge ohne weiteren Widerstand auseinandergetrieben.

Die beiden Europäer, die in einer Trinkstube Zuflucht gesucht hatten, wurden durch Steinwürfe schwer verletzt; auch mehrere europäische Polizeioffiziere wurden getroffen. Die Mehrzahl der Ausständigen hat die Arbeit wieder aufgenommen; heute morgen feierten noch zweitausend Arbeiter. Militär bleibt in den unruhigen Stadtteilen postiert.

* * *

Ein bedenklicher Zusammenstoß zwischen Streikenden und Arbeitswilligen wird aus Birmingham im amerikanischen Staate Alabama berichtet. Danach griffen ausständige Kohlenminenarbeiter in Adamsville einen mit Arbeitswilligen besetzten Zug an, töteten den im Zuge befindlichen Vizesheriff und verletzten fünfzehn Arbeitswillige. Ein zweiter Zug mit Arbeitswilligen ist nach dem Schauplatz des Vorfalles abgegangen. Der Gouverneur hält Militär bereit, um es, wenn nötig, schnell dorthin zu schicken.

Die Reise des Präsidenten Fallières.

Wie aus Paris berichtet wird, ist der Präsident der französischen Republik Fallières heute vormittag in Begleitung des Ministers des Aeußeren Pichon nach Dünkirchen abgereist, von wo er die Reise nach den nordischen Höfen und nach Rußland antritt.

In Lyon fand gestern eine Anarchistenversammlung statt, in der gegen die Reise des Präsidenten Fallières nach Rußland heftig Einspruch erhoben wurde. Hierauf veranstalteten die Anarchisten eine Straßenkundgebung, in der sie Schmähruse gegen den Präsidenten Fallières, den Ministerpräsidenten Clemenceau und die Armee ausstießen. Ein Unteroffizier mußte in eine Wirtschaft flüchten. Mehrere Anarchisten wurden verhaftet.

Eine überraschende Meldung

kommt aus Marokko. Danach hat sich die französische Regierung entschlossen, die Zahl ihrer nach Marokko entsandten Besatzungstruppen um zwei Bataillone zu verringern.

Ein in Paris eingetroffenes Telegramm des Generals d'Amade meldet, daß den Instruktionen der Regierung gemäß das sechste Bataillon des ersten Fremdenregiments und das erste Bataillon des ersten Tirailleurregiments wieder nach Algier geschickt werden.

Dem Pariser „Eclair" wird aus Tanger gemeldet, daß am 13. d. M. in Marrakesch große Ruhestörungen ausgebrochen seien. Einzelheiten fehlen noch.